



Presseschau vom 01.07.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

deutsch.rt.com: **Im Fadenkreuz der westlichen Kritik: Verfassungsänderungen in Russland**

Am 1. Juli endet in Russland eine einwöchige Abstimmung, bei der das Volk entscheidet, ob die Verfassung geändert werden soll. Westliche Medien kritisieren Wladimir Putins Vorstoß scharf. Laut Experten fußt solche Berichterstattung nicht ausschließlich auf Tatsachen.

<https://de.rt.com/2879>

abends/nachts:

wpered.su: **Komsomolzen aus Ländern der ehemaligen UdSSR führten ein Online-Treffen durch**

Am 30. Juni fand ein Online-Treffen statt, an dem Komsomolzen der DVR, LVR, Russlands, der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens, Georgiens, Aserbaidshans, Armeniens, Kasachstans, Kirgisiens, Südossetiens und Abchasiens teilnahmen. Dies berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Die Konferenz war dem 75. Jahrestag des Großen Sieges gewidmet. Die Komsomolzen erörterten die historische Bedeutung des Feiertags, erzählten von ihren Problemen und Errungenschaften sowie über die erfolgten Veranstaltungen zum Jubiläumsdatum. Die jungen Kommunisten tauschten Pläne für die Zukunft aus und vereinbarten, ihre Aktivitäten bei der Vorbereitung des Jahrestags der Gründung des Komsomol zu koordinieren.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/06/IMG_20200630_201638.jpg

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 30. Juni 2020

Das Kommando der OOS unternimmt planmäßige Handlungen zur Verhinderung der Arbeit der OSZE-Mission.

Während des provokativen Beschusses der Positionen der Volksmiliz der DVR durch Kämpfer des 34. Bataillons der 57. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk aus Richtung Peski drei Antipanzernraketen abgeschossen, eine davon in Richtung einer Videoeinrichtung der OSZE-Mission im Gebiet der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks.

Diese hinterhältigen Handlungen des Gegners sind darauf gerichtet, das Material der OSZE funktionsunfähig zu machen, um die Erfassung von Beschuss auf das Territorium der Republik zu behindern und in der Folge die Volksmiliz zu beschuldigen.

Zuvor wurden Fälle zielgerichteter Vernichtung von Kameras der OSZE-Mission durch ukrainische Kämpfer in den Gebieten von Kominternowo und Bogdanowka festgestellt. Heute haben wir einen Fall von aktiver Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Krasnoje und Werchnetorezkoje bemerkt sowie die Stationierung einer Radarstation zur Entdeckung von Zielen 1RL134 P-19 „DUNAJ“ im Gebiet von Memrik, die den Aufenthaltsort und die Flugroute von OSZE-Drohnen ermittelt.

Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Düstere Prognose für USA: Trumps Corona-Berater Fauci spricht von Verdopplung der Fälle

Laut Anthony Fauci, dem Chef des Zentrums für Krankheitskontrolle in den USA und Berater von US-Präsident Donald Trump, könne sich die Zahl der Corona-Neuinfektionen in den USA verdoppeln.

„Wir haben jetzt mehr als 40.000 Neuinfektionen pro Tag. Und ich würde mich kaum wundern, wenn wir 100.000 Corona-Fälle täglich haben würden, falls sich die Tendenz nicht ändert. Ich mache mir darüber große Sorgen“, sagte Fauci im Senat.

In den USA war die Zahl der Neuinfektionen vor dem Hintergrund der Massenproteste und der Aufhebung der Corona-Einschränkungen dramatisch gestiegen. Eine Reihe von Bundesstaaten, darunter Texas und Florida, hatten schon die Corona-Lockerungen wegen der rasanten Ausbreitung des Virus rückgängig gemacht.

Nach jüngsten Angaben der Johns-Hopkins-Universität sind in den USA bisher 2.610.362 Ansteckungsfälle registriert worden. Dabei sind davon 126.493 Corona-Patienten gestorben.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat die Einschränkungen für die

Ausreise aus der Republik in die RF, die im Rahmen des Regimes der erhöhten Bereitschaft in Zusammenhang mit der Gefahr der Verbreitung der Coronavirusinfektion eingeführt worden waren, **aufgehoben**.

Während die Ausreise in die LVR nur für einen bestimmten Personenkreis bzw. beim Vorliegen dringenden Gründe möglich ist, sind besondere Bedingungen bei der Ausreise nach Russland nicht vorgesehen.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Truppenabzug aus Deutschland beschlossen – US-Verteidigungsministerium**

Der von US-Präsident Donald Trump gewünschte Teilabzug der US-Streitkräfte aus Deutschland ist nun beschlossene Sache. Trump habe einem Vorschlag zum Abzug von 9500 der gegenwärtig rund 34.500 Soldaten in Deutschland zugestimmt, wie ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Dienstag (Ortszeit) erklärte.

Minister Mark Esper und Generalstabschef Mark Milley hatten die Pläne demnach am Montag mit Trump im Weißen Haus besprochen. Ein Zeitplan für den wahrscheinlich langwierigen Abzug wurde zunächst nicht genannt.

Das Pentagon werde den Kongress in den kommenden Wochen darüber unterrichten, im Anschluss dann auch die Nato-Partner, erklärte der Sprecher des Ministeriums weiter. Der US-Kongress könnte den von Trump gewünschten Teilabzug aber noch über den Militärhaushalt blockieren oder zumindest deutlich erschweren. Zudem bewirbt sich Trump im November um eine zweite Amtszeit. Falls er die Wahl verlieren sollte, könnte der neue Präsident die Pläne auf Eis legen.

Widerstand gegen den Teilabzug

Im Kongress hat sich bereits bei Trumps Republikanern und den Demokraten Widerstand gegen den Teilabzug formiert. Der Plan wird dort vor allem kritisch gesehen, weil er das Verteidigungsbündnis Nato schwächen und Russland in die Hände spielen könnte. Im Senat und im Repräsentantenhaus gibt es daher Pläne, den Teilabzug über das Gesetz zum Militärhaushalt zu verhindern. Der Sprecher des Pentagons, Jonathan Hoffman, erklärte hingegen, durch den Teilabzug würden die Nato, die Abschreckung Russlands und die „strategische Flexibilität“ der US-Streitkräfte in Europa gestärkt.

Mit dem Teilabzug will Trump Deutschland für die aus seiner Sicht weiterhin zu geringen Verteidigungsausgaben bestrafen. Einige der aus Deutschland abgezogenen Soldaten sollten dann die Einheiten in Polen verstärken, wie Trump letzte Woche erklärte.

Bundesregierung wurde nicht konsultiert

Die Bundesregierung in Berlin wurde von Washington vor der Entscheidung über den Truppenabzug nicht konsultiert, sondern bisher lediglich grob darüber informiert. Sie verweist darauf, dass eine Verlegung von Truppen nach Osten die Spannungen mit Russland verschärfen könnte.

Zu Zeiten des Kalten Krieges waren 250.000 US-Soldaten in Westdeutschland stationiert, um der Sowjetunion die Stirn zu bieten. Nach dem Fall der Mauer wurde radikal reduziert: Im Jahr 2000 waren es nur noch 70.000 US-Soldaten, zehn Jahre später 48.000, heute sind noch knapp 35.000 übrig. Damit ist Deutschland aber weiterhin der zweitwichtigste Truppenstandort der USA weltweit nach Japan.

Ein Abzug von 10.000 Soldaten hätte gravierende wirtschaftliche Folgen für die betroffenen Regionen. Allein in Rheinland-Pfalz werden mehr als 7000 deutsche Ortskräfte von den US-Streitkräften beschäftigt, in ganz Deutschland sollen es 12.000 sein. Daneben hängen viele Tausende weitere Arbeitskräfte vor allem in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und

Bayern an den US-Truppen.

Einige der Standorte in Deutschland haben zentrale Bedeutung für die US-Truppen über Europa hinaus. Der Luftwaffenstützpunkt Ramstein ist das Drehkreuz, über das die USA Truppen und Nachschub in ihre Einsatzgebiete im Nahen Osten oder Afrika bringen. Im nahe gelegenen Landstuhl befindet sich das größte US-Lazarett außerhalb der Vereinigten Staaten, im bayerischen Grafenwöhr einer der größten Truppenübungsplätze Europas und in Stuttgart die Kommandozentralen für die US-Truppen in Europa und Afrika.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32636/42/326364285_0:71:1000:612_1000x541_80_0_0_301c1b63583d14bc83bfef17d4bed66a.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. Juni wurde ein Feuerangriff von Seiten der BFU aus Richtung Luganskoje auf **Kalinowka** mit einen 120mm-Mörser festgestellt (10 Geschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **China bezeichnet potenzielle Sanktionen wegen Sicherheitsgesetz für Hongkong als „Gangsterlogik“**

Die Drohungen sowie die Absicht mehrerer Länder, Sanktionen gegen einige chinesische Beamte wegen der Verabschiedung des Sicherheitsgesetzes für Hongkong zu verhängen, sind laut dem Vize-Chef des Büros für Hongkong und Macao, Zhang Xiaoming, eine „Gangsterlogik“.

„Hinsichtlich einiger von Ihnen erwähnter Länder, die Sanktionen gegen eine Reihe chinesischer Beamter verhängen wollen, glaube ich, dass dies eine Gangsterlogik ist“, sagte Zhang Xiaoming bei einer Pressekonferenz am Mittwoch.

Peking habe das Sicherheitsgesetz in der chinesischen Sonderverwaltungszone verabschiedet: „Was geht Sie das an, das sind ausschließlich unsere inneren Angelegenheiten“, unterstrich der Politiker.

Trotz scharfer Kritik hatte der Ständige Ausschuss des Volkskongresses in Peking am Dienstag das kontroverse Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong angenommen. Es ermöglicht den Behörden, gegen die Opposition vorzugehen. Zudem soll das Gesetz „heimliche Absprachen“ mit überseeischen Kräften bestrafen.

US-Strafdrohungen

Der Gesetzentwurf sorgte für Unzufriedenheit unter regierungsfeindlichen Kräften Hongkongs und einer Reihe westlicher Amtsträger, die darin Pekings Absicht sehen, seine Kontrolle über die Autonomie zu verstärken. Als Reaktion stoppten die USA den Export von Rüstungsgütern nach Hongkong. Zudem wird die Ausfuhr von Technologien, die dem Militär dienlich sein könnten, künftig den gleichen Beschränkungen unterliegen wie Exporte nach China.

Kritik der internationalen Gemeinschaft

Die Abgeordneten des Europaparlaments hatten in einer mit großer Mehrheit gebilligten Entschließung eine klare Positionierung der EU für die Autonomie Hongkongs gefordert. Darüber hinaus appellierte das EU-Parlament insbesondere an Deutschland, während seiner Ratspräsidentschaft die Arbeit an einer weltweit geltenden EU-Sanktionsregelung bei Menschenrechtsverstößen abzuschließen. Das Parlament forderte außerdem, dass der Rat gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Vermögen chinesischer Amtsträger verhängt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 30. Juni 3:00 Uhr bis 1. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks), Styla.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 26.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Deutschland übernimmt EU-Vorsitz – und will mit Russland enger zusammenkommen

Europa wird sich laut Deutschlands Botschafter in Moskau Andreas von Geyr in den kommenden Monaten mit gleichen Fragen wie Russland konfrontiert sehen und sollte auf lange Sicht wieder enger mit dem Land zusammenkommen. Die Rede des Diplomaten zum Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erschien am Mittwoch im Facebook-Account der Botschaft.

„Warum ist Europa für Deutschland so wichtig? Ein vereintes Europa, das war für uns die Lehre aus den furchtbaren Kriegen des vergangenen Jahrhunderts. In diesem Europa gibt es Vielfalt und Toleranz. Das macht uns aus. Wir sind alle stolze Nationalstaaten – und wir gehören zusammen“, äußerte von Geyr.

Die europäischen Länder hätten gemeinsame Werte und Regeln, auf die sie sich verlassen könnten:

„Das ist unsere Stärke, das ist unsere Modernität. Und wenn wir die großen Zukunftsfragen betrachten, wissen wir, dass auch darauf unsere Antworten gemeinsame sein müssen. Wenn es um Klima und Umwelt geht, und Digitalisierung, und auch, wenn es um die Folgen der Pandemie geht, für die Wirtschaft und für die Menschen“.

Die EU werde sich in den kommenden Monaten mit diesen „ganz konkreten Fragen“ befassen, und dies werde ja auch für Russland „in ganz ähnlicher Form“ der Fall sein, fuhr der Botschafter fort.

„Ich hoffe sehr, dass wir bei dem einen oder bei dem anderen dieser Themen auch

gemeinsame Antworten mit Russland finden, denn betroffen sind wir von diesen Fragen heute und morgen ja über alle Grenzen hinweg. Deshalb werden wir, davon bin ich überzeugt, auf lange Sicht, so wie wir in unserer Geschichte eng verbunden sind, auch wieder enger zusammenkommen wollen“, sagte er abschließend.

Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32669/84/326698428_0:0:3072:1662_1000x541_80_0_0_dd58066a65002f84b96828e186ba92d1.jpg

Mzdnr.ru: Am 30. Juni wurden in der DVR 30 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter vier medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Nach zwei negativen Tests wurden 34 Personen als gesund entlassen.

Am 1. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1166 Fälle von Infektion registriert. 719 Patienten sind derzeit in Behandlung, 376 als gesund entlassen, es gibt 71 Todesfälle.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Türkei sieht keinen rechtlichen Grund für Weiterverkauf von S-400 an USA**

Für den Weiterverkauf der russischen Luftverteidigungssystemen S-400 an die USA gibt es laut dem Sprecher der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), Ömer Çelik, keine rechtlichen Gründe.

So reagierte Çelik auf den Vorschlag des republikanischen US-Senators John Thune, der am Dienstag eine Änderung des Verteidigungsetats für das Finanzjahr 2021 beantragte, die es den USA ermöglichen soll, russische Raketensysteme S-400 bei der Türkei zu kaufen. Dieser Kauf soll ihm zufolge zur Lösung der Auseinandersetzungen zwischen Ankara und Washington beitragen. Er sagte außerdem, die Türkei dürfe den Erlös nicht für andere militärische Ausrüstung, die mit den Nato-Anforderungen nicht übereinstimme, ausgeben. Çelik erinnerte daran, dass die Türkei zuvor beabsichtigt habe, amerikanische Patriot-Systeme zu kaufen. Nachdem sie jedoch keine Antwort von Washington erhalten habe, habe sie beschlossen, russische Systeme zu erwerben.

Er betonte, Ankara sei der Endbenutzer der S-400:

„Wenn ein Land F-16-Kampfflugzeuge gekauft hat, werden sie nicht an ein anderes Land weiterverkauft. Es gibt keine rechtlichen Gründe für den Weiterverkauf von S-400“, erklärte

Çelik.

Der Sprecher fügte hinzu, dass Ankara seine Schritte in den Beziehungen zu anderen Ländern berechne, und bezeichnete den US-Sanktionsansatz gegenüber der Türkei als falsch.

„Wir erwarten, dass Washington unseren Wunsch in Bezug auf Patriot-Systeme schätzen wird, dann werden sie zum Gesprächsstoff“, sagte er abschließend.

Russische S-400-Systeme für Ankara

Russland hatte 2019 den ersten Vertrag über die Lieferung von vier S-400-Einheiten im Gesamtwert von 2,5 Milliarden US-Dollar erfüllt. Das Dokument sieht auch eine Option für eine weitere Einheit vor.

Der russisch-türkische Deal zum Kauf von Flugabwehrraketensystemen S-400 hatte zu einem Streit zwischen Ankara und Washington geführt.

Als Reaktion darauf forderte Washington, den Deal aufzugeben und als Ersatz dafür US-amerikanische „Patriot“-Systeme zu kaufen. Dabei drohte Washington, den Verkauf von Kampffjets der 5. Generation F-35 an die Türkei zu verzögern oder gar aufzuheben.

Außerdem wurden Strafmaßnahmen im Rahmen des Gesetzes zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act CAATSA) in Aussicht gestellt. Das bedeutet, dass nicht nur die aufgelisteten Personen betroffen sind, sondern auch alle ihre Partner und anderen Akteure, die ihre Interessen vertreten haben.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 01.07.2020

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK **viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls von Palas **die Siedlung des Isotow-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzerketenkomplexen beschossen

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 57. Brigade unter Leitung von Mischantschuk zehn 82mm-Mörsergeschosse auf das **Gelände des Flughafens** von Donezk abgefeuert, außerdem haben die Straftruppen noch drei lenkbare Raketen auf die **Siedlung des Oktjabarskaja-Bergwerks** abgeschossen.

Der Kriegerverbrecher Titenko befahl den Straftruppen der 53. Brigade, das Feuer mit Antipanzerketenkomplexen auf **Styla** zu eröffnen.

Durch adäquate Maßnahmen von Einheiten der Volksmiliz der DVR wurde die **Feueraktivität der Besatzer rechtzeitig unterdrückt**. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt und das **Gelände des Volvo-Zentrums** von Donezk und die **Siedlung des Oktjabarskaja-Bergwerks** mit Mörsern, Antipanzergranatwerfern, automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Die Materialien zu den Fällen von terroristischen Akten von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren in Bezug auf die verbrecherischen Handlungen der Brigadekommandeure Palas, Mischantschuk und Titenko hinzuzufügen.

Wir verfügen über Informationen, dass die Aktivität des Gegners beim Einsatz von Lenkraketen damit zusammenhängt, dass in den Brigaden der ukrainischen Streitkräfte 70 Antipanzerlenkraketenkomplexe zur Behebung eines zuvor entdeckten Defizits eingetroffen sind.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl von Mischantschuk mit einer von drei Lenkraketen versucht, eine Kamera der OSZE-Mission im

Gebiet der Siedlung des Oktjabrskij-Bergwerks außer Betrieb zu setzen, die laufend Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festhält. Die genannte Kamera der Mission funktionierte im Online-Regime, und selbst im Fall ihrer Vernichtung ist der Fall des Einsatzes einer Antipanzerlenkrakete bereits dokumentiert. Mitarbeiter der Mission fragten ein Regime der Feueinstellung im Gebiet der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks an, um den Zustand der Videoeinrichtung zu überprüfen. Die ukrainische Seite ignorierte die Anfrage der OSZE und beschloss das genannte Gebiet weiter.

Das Kommando der OOS kann nach wie vor die Arbeit zur Schließung von Kanälen, durch die Informationen über die Tätigkeit der unterstellten Einheiten durchsickern, nicht organisieren. So haben Vertreter des Pressedienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Bilder von Übungen mit Unteroffizieren auf einem der Übungsplätze veröffentlicht. Auf diesen ist deutlich ein Übungspunkt sichtbar, wo man den auszubildenden Strafsoldaten über die effektivsten Mittel zur Installation und Tarnung von selbstgebauten Sprengeinrichtungen mit Splitterelementen als verlorenes Telefon, Tasche oder zurückgelassenen Kinderspielzeug berichtet. Die Ausbildung ukrainischer Terroristen mit diesen unmenschlichen Kriegsmethoden verletzt nicht einfach die Normen des Vertrags von Ottawa und der Genfer Konvention, sondern gefährdet unmittelbar das Leben der Zivilbevölkerung, insbesondere von Kindern. Der Stab der OOS hat eine Ermittlung gegen die Mitarbeiter, die irrtümlich dienstliche Fotos in offenen Quellen veröffentlicht haben, begonnen. Diese Materialien werden von uns an internationale Organisationen übergeben. Wir haben Informationen erhalten, dass **Soldaten einer Kompanie für elektronische Kriegführung** der 35. Brigade im Gebiet von Torez bei der Stationierung und Vorbereitung einer Station der elektronischen Kriegführung „Bukowel-AD“ zum Zweck des Einsparens von Dieseltreibstoff, um diesen dann zu verkaufen, in Verletzung der Sicherheitstechniken gesetzwidrig **eine 6kW-Stromleitung angezapft** haben. Bei einem Windstoß, kam es wegen eines Risses in den nicht festgemachten Leitungen zu einem Kurzschluss, in dessen Folge es zu einem **Brand in einer Akkumulatorkammer** kam und ein Teil der teuren Ausrüstung der Station funktionsunfähig wurde. An einer Unterstation brannte ein Transformation durch und 390 Verbraucher auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium hatten keinen Strom. Die zur Reparatur des Risses in der Leitung eingetroffene Störungsbrigade von Elektromonteuren entdeckte den gesetzwidrigen Anschluss der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und versprach, diese Information an die Donezker militärisch-zivile Oblastverwaltung und die Militärkommandantur zu übermitteln. Die Unterhaltung der Reparaturtechniker mit den Soldaten ging in einen Konflikt über, in dessen Folge Leutnant Gluchodid und Matrose Iwka verletzt wurden. Der Kommandeur der 35. Brigade Palas versucht diesen Vorfall zu vertuschen und wandte sich an den Generaldirektor der Elektrizitätswerke Degtjarjow, dessen Organisation für diese Stromleitung verantwortlich ist. Wir bemerken **anhaltende Konflikte zwischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und Nationalisten**, die sich in der OOS-Zone befinden.

So haben Soldaten des 2. Bataillons der 79. Brigade in Marjinka ein verdächtiges Fahrzeug angehalten, dessen Fahrer sich weigerte, Dokumente vorzulegen und seine Route anzugeben. Während der Durchsuchung des Fahrzeugs wurden 120 Granaten für automatische Granatwerfer und vier Kisten mit Alkohol entdeckt. Gleichzeitig fahren zwei Autos mit bewaffneten Kämpfern des „Rechten Sektors“ an den Checkpoint und forderten, das Fahrzeug unverzüglich mit seiner Ladung passieren zu lassen, infolge einer beginnenden Schlägerei wurde der Oberleutnant Krawtschenko verletzt, der Streit konnte nach einem Schuss in die Luft gestoppt werden. Der Konflikt wurde dadurch gelöst, dass der ganze Alkohol den Kämpfern der 79. Brigade überlassen wurde.

Die Kommandeure der ukrainischen Einheiten betrachten die von ihnen eingerichteten Checkpoints allen Ernstes als Mittel für ungesetzliche Einkünfte.

Nach Mitteilung unserer Quelle aus der 35. Brigade hielten die Eintreiber aus der 35. Brigade an einem provisorischen Checkpoint im Gebiet von Torez Lastwagen des Roten Kreuzes, die humanitäre Hilfe für örtliche Einwohner transportierten, an und erklärten den Mitarbeitern der internationalen Organisation, dass sie auch Hilfe benötigten. Als sie eine Absage erhielten, erlaubten sie der Kolonne erst nach vierzig Minuten weiterzufahren.

Wir erhalten weiter Mitteilungen über **Verbrechen ukrainischer Soldaten**. Eines davon ereignete sich im 61. Militärhospital in Mariupol. Die Soldatin Olga Chomina wurde von zwei im Krankenhaus befindlichen Soldaten angegriffen, ihre Schreie verscheuchten die Belästiger. Die Identität eines von ihnen wurde festgestellt, es ist der Soldat Nushnyj, der mit Verdacht auf Covid-19 ins Krankenhaus eingewiesen wurde. Derzeit wird nach den geflohenen Verbrechern gefahndet, Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes führen Maßnahmen zur Feststellung der Identität des zweiten Angreifers durch.

Deutsch.rt.com: "**Fleischwolf von Rschew**" – Putin und Lukaschenko enthüllen neues großes Denkmal gegen das Vergessen

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein weißrussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko haben am Dienstag ein Denkmal zu Ehren der gefallenen Soldaten der Roten Armee, die in einer der blutigsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs kämpften, enthüllt. Putin und der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko reisten zu der Zeremonie in das rund 200 Kilometer nordwestlich von Moskau gelegene Dorf Choroschewo vor den Toren von Rschew.

Die Schlacht von Rschew, in der die Rote Armee von 1942 bis 1943 eine Reihe von Offensiven startete, um die Wehrmacht von ihren Stellungen in der Nähe von Moskau zu vertreiben, brachte enorme sowjetische Verluste durch anhaltende, schlecht vorbereitete Angriffe auf gut befestigte Nazi-Stellungen mit sich.

Putin sagte, dass 1,3 Millionen Soldaten der Roten Armee während der Kämpfe um Rschew, die mehr als ein Jahr lang wüteten, getötet, im Kampf verwundet wurden oder im Einsatz verschwanden.

„Es ist unmöglich, ohne Schmerzen über die Verluste nachzudenken, die die Rote Armee hier erlitten hat. Mehr als 1,3 Millionen Menschen starben, wurden verwundet und vermisst – eine monströse, einfach undenkbare Zahl. Die Bedeutung dieses langwierigen blutigen Kampfes für den Sieg des sowjetischen Volkes über den Nazismus ist enorm. Sie zeigte schließlich dem Feind: Es ist unmöglich, erneut zu versuchen, einen Angriff auf Moskau zu starten, genauso wie es unmöglich ist, die Menschen, die ihr Heimatland verteidigten, zu brechen und zu unterwerfen.“

Putin und Lukaschenko legten Blumen am Sockel des Denkmals nieder und ehrten mit einer Schweigeminute die Erinnerung an Soldaten, die von 1942 bis 1943 in den Schlachten bei Rschew starben. Das Denkmal ist im Rahmen eines offenen internationalen Wettbewerbs entstanden. Die 25 Meter hohe Bronzestatue steht auf einem zehn Meter hohen Hügel. An beiden Seiten des breiten Weges zur Statue stehen zerbrochene Wände mit dokumentarischen Bildern der Gesichter der Soldaten sowie Kommandeuren der Roten Armee und Tausenden von Namen, die in Rschew fielen.

Anschließend pflanzten beide Staatsoberhäupter im Rahmen der internationalen Kampagne "Garten der Erinnerung" zwei Fichten.

Putin erteilte in seiner Rede jenen eine Absage, die versuchen, das riesige Opfer der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg zu schmälern, zu verfälschen, verunglimpfen oder es in Vergessenheit geraten zu lassen.

„Wir werden uns immer daran erinnern, welchen hohen Preis das sowjetische Volk für den Sieg gezahlt hat, welchen Schlag die Rote Armee auf sich genommen und abgewehrt hat, als Vertreter aller Republiken und aller Nationalitäten der Sowjetunion in einer einzigen

Formation kämpften. [...] Das Rschew-Denkmal ist ein weiteres Symbol unserer gemeinsamen Erinnerung, ein Symbol der Bewunderung für die große und selbstlose Tat eines Soldatenhelden, eines Soldatenbefreiers, eines Soldatengewinners, eines Soldaten, der Europa und die ganze Welt vor dem Nazismus gerettet hat. Die Zeit hat keine Macht über diese Heldentat, und es sollte niemals vergessen werden und noch mehr ausgelöscht werden, verschmiert mit Lügen und Fälschungen. Wir werden das nicht zulassen. Alle, die unter Rschew kämpften, durchliefen unmenschliche Prüfungen, kämpften mehr als ein Jahr lang zu Tode und taten alles, was sie für den Sieg konnten. Unsere heilige Pflicht ist es, jeden Helden zu ehren und sich daran zu erinnern.“

Auch Lukaschenko fand mahnende Worte, welche Gräueltaten die Soldaten erlebten, um ihre Heimat zu verteidigen:

„Krieg ist immer Blut, Entsetzen und Tod. In dieser unmenschlichen, grausamen Realität gibt es Meilensteine, bei denen die Konfrontation mit einem unglaublichen Preis bezahlt wird. Rschew ist so ein Ort, denn dahinter befand sich die Hauptstadt unseres Mutterlandes und unseres gesamten großen Landes. Hier brannte die Erde, Stein schmolz und die Rüstung brach zusammen, aber der sowjetische Soldat gab nicht auf. [...] Mit tiefster Wertschätzung beugen wir unseren Kopf dem Mut und der Standhaftigkeit aller derer, die ihr Leben für die Freiheit gegenwärtiger und zukünftiger Generationen gegeben haben.“

Und auch er warnte davor, die Geschichte zu verfälschen und die Heldentaten zu vergessen: „Wir werden es nicht zulassen, die Bedeutung des Großen Sieges zu verringern, die Wahrheit über die Ereignisse dieser Zeit zu verfälschen und den Nazismus zu rehabilitieren, sonst könnte die Tragödie erneut passieren.“

<iframe width="1094" height="616" src="https://www.youtube.com/embed/oiwyPs4q4Jk" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/oiwyPs4q4Jk>

de.sputniknews.com: **Militäreinsatz gegen Iran immer eine Option– US-Sonderbeauftragter**

Der US-Sonderbeauftragte für Iran, Brian Hook, hat Washingtons Standpunkt gegenüber Teheran deutlich gemacht. Demnach werden die Vereinigten Staaten niemals zulassen, dass der Iran über Atomwaffen verfügt – außerdem zieht Washington auch immer „ein militärisches Szenario“ in Betracht.

„Wenn Sie nach den Regeln des Irans spielen, gewinnt der Iran. Wir setzen uns deshalb für die nationale Sicherheit ein und wollen das Waffenembargo verlängern, das bereits seit 13 Jahren besteht“, sagte der Sonderbeauftragte gegenüber dem Sender „Channel 13“ bei seinem Besuch in Israel.

An dieser Stelle betonte Hook, er hoffe auf die Unterstützung Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat. Schließlich wollten auch sie einen „friedlichen und stabilen Nahen Osten“ sehen. Die Entscheidung der USA, aus dem JCPOA-Deal (Gemeinsamer umfassender Aktionsplan) auszusteigen, bezeichnete Hook als richtig.

„Es war die richtige Entscheidung, aus dem Deal auszusteigen. Die Frage, die wir im Namen aller Amerikaner stellen, lautet: Was ist der beste Weg, um zu verhindern, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen kommt? Und die Antwort darauf ist nicht der JCPOA-Deal. Wir haben deutlich zu verstehen gegeben, dass Iran niemals über nukleare Waffen verfügen wird, und die militärische Option ist dabei immer im Gespräch“, erklärte Hook. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32744/19/327441923_0:183:3072:1845_1000x54180_0_0_5e465c5053c41ddcbad948bdf88c6146.jpg

de.sputniknews.com: **US-Sanktionen gegen Syrien illegitim – Putin**

Die Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen Syrien sind laut dem russischen Staatschef Wladimir Putin rechtswidrig.

Wie Putin am Mittwoch bei einem Video-Gipfel zu Syrien sagte, bereiten die Restriktionen nur zusätzliche Probleme und schädigten die syrische Wirtschaft.

„Die unter Umgehung der Uno verhängten Sanktionen vergrößern nur die Probleme, sie sind illegitim. Angesichts des Drucks, den die Sanktionen auf dieses Land (Syrien – Anm. d. Red.) ausüben, müssen wir unsere Anstrengungen konzentrieren und Maßnahmen, die auf Hilfeleistung für das Land abzielen, ergreifen“, sagte Putin, dessen auf Farsi übersetzte Rede das iranische staatliche Fernsehen live übertragen hat.

Am Mittwoch fand ein Gipfel der Präsidenten Russlands, des Iran und der Türkei im Video-Format statt. Der Präsenzgipfel hätte in Teheran stattfinden sollen, wurde aber wegen der Coronavirus-Pandemie verschoben. ...

Dan-news.info: Im Rahmen der Umsetzung eines Erlasses der Oberhaupt der DVR erhalten medizinische Beschäftigte von mehr als 40 Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik Zahlungen für Arbeiten unter besonders gefährlichen Bedingungen mit der Coronavirusinfektion, teilte das Gesundheitsministerium der DVR mit.

Der maximale Umfang, abhängig von der Kategorie, beträgt 100% eines mittleren Monatslohns, der minimale Umfang sind 20%.

de.sputniknews.com: **Aus „Bürgern in Uniform“ wurden „Kämpfer“ - Willy Wimmer zur Verantwortung in puncto KSK**

Von Ilona Pfeffer

Annegret Kramp-Karrenbauer will die durch rechte Tendenzen auffällig gewordene Kompanie des KSK ersatzlos auflösen. Das sieht Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, vor allem als eines: Ein Versagen auf höchster Ebene. Denn die Probleme in der Eliteeinheit seien lange bekannt gewesen, doch niemand habe sie bekämpft. Angesichts der von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer angekündigten Auflösung der 2. Kompanie des Kommandos Spezialkräfte (KSK) und der grundlegenden Umstrukturierung der Truppe, stellt Willy Wimmer den politisch Verantwortlichen ein Armutszeugnis aus. Die ganze Republik falle unisono über das KSK her, dabei sei über die rechten Tendenzen in der Einheit seit Jahren öffentlich berichtet worden, ohne dabei „zwingende und angemessene Konsequenzen“ zu ziehen.

„Die in Aussicht genommene Auflösung einer ganzen Kompanie stellt jedenfalls dem

gesamten KSK das Testat eines verheerenden Makels aus. Außerdem gibt man sich eine Blöße der besonderen Art, denn es hat den Anschein, dass durch diese Auflösung sich Vorgesetzte aller Ebenen in Sicherheit bringen wollen. Bis zum Generalinspekteur und die heutige Präsidentin des Europäischen Kommission, Frau Dr. von der Leyen, müssen sich doch alle fragen, wo ihre dienstliche Verantwortung in den Jahren geblieben ist, als sich alles öffentlich erkennbar aufgebaut hatte? Die Antwort liegt geradezu auf der Hand: Man hangelte sich von einem goldenen Stern zum anderen und heute sind die unteren Dienstränge die Verantwortlichen.“

Lamentieren sei nicht angebracht, so Wimmer, denn die gesamte Entwicklung bis hin zu Einsatzemblemen in Afghanistan habe mit der bewussten Entscheidung im Jahr 1993 durch den damaligen Heeresinspekteur angefangen, aus der Friedensarmee zur Verteidigung des eigenen Landes und des Bündnisgebietes eine Einsatzarmee für amerikanische Globalinteressen zu machen. Der „Bürger in Uniform“ sei so gegen den bewusst herangezögten „Kämpfer“ ausgetauscht worden.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32389/71/323897179_0:265:2000:1347_1000x0_80_0_1_4afe4b56b80d697ec2b34ace104eb9f4.jpg

de.sputniknews.com: **Merkel bezeichnet Nato-Zwischenfall im Mittelmeer als „sehr ernst“**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Konfrontation zwischen Schiffen der Nato-Partner Frankreich und Türkei im Mittelmeer als einen sehr ernstesten Vorfall bezeichnet.

„Es wird in der Nato untersucht, was dort stattgefunden hat“, sagte Merkel am Mittwoch im Bundestag. Es gehe nun darum, alles daran zu setzen, dass sich unter Nato-Mitgliedsstaaten solche Vorfälle nicht wiederholten. „Das ist sehr ernst“, sagte die Bundeskanzlerin.

Bei dem Zwischenfall im Mittelmeer hatte nach Angaben aus Paris ein türkisches Kriegsschiff mehrfach sein Feuerleitradar auf eine französische Fregatte gerichtet. Da solche Systeme in der Regel nur benutzt werden, um Zieldaten für den Gebrauch von Waffensystemen zu liefern, war dies von Frankreich als „extrem aggressiv“ gewertet und beim jüngsten Nato-Verteidigungsministertreffen angesprochen worden.

Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte daraufhin angekündigt, dass der Vorfall vom 10. Juni nun von den Nato-Militärbehörden untersucht werde – auch weil die französische Fregatte zum Zeitpunkt des Zwischenfalls im Rahmen des Nato-Seeüberwachungseinsatzes Sea Guardian unterwegs gewesen sein soll. Nach Informationen der Deutsche Presse-Agentur haben Nato-Militärexperten mittlerweile einen ersten Bericht zu dem Zwischenfall fertiggestellt. Er soll nun zeitnah im Bündnis diskutiert werden.

Nicht erster Vorfall im Mittelmeer

Zuvor hatte Frankreich der Türkei aggressives Verhalten im Mittelmeer vorgeworfen, nachdem die französische Marine versucht hatte, ein Frachtschiff zu untersuchen, das unter

dem Schutz der Türkei nach Libyen fuhr. Die Türkei wies die Anschuldigungen mit der Begründung zurück, dass das französische Schiff gefährliche Manöver gemacht hätte. Für Anspannungen sorgt nicht zuletzt der Konflikt in Libyen. Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hat Frankreich kürzlich vorgeworfen, die Libysche Nationalarmee heimlich mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Der französische Präsident Emmanuel Macron hatte wiederum zuvor behauptet, die Türkei treibe in Libyen „ein gefährliches Spiel“ und verstoße damit gegen die Verpflichtungen, die in der Libyen-Konferenz Anfang dieses Jahres festgelegt worden seien.

dnronline.su: Heute, am 1. Juli, fand eine Sitzung des operativen Stabs des Nowoasowskij-Bezirks statt, bei der beschlossen wurde, die Urlaubssaison am Asowschen Meer zu beginnen. „Die Ankunft von Menschen erfolgt seit dem 1. Juli anhand von Listen, die vom operativen Stab des Nowoasowskij-Bezirks bestätigt werden. Die Listen der Urlauber werden von den bei der Steuerinspektion registrierten Inhabern von Ferienheimen und Unternehmen eingereicht. Dies geschieht, damit die Sanitätsstation kontrollieren kann, ob die Urlaubsplätze den Anforderungen entsprechen. Bereits heute sind Menschen zum Urlaub am Asowschen Meer eingetroffen“, berichtete der Bürgermeister von Nowoasowsk Oleg Morgun.

de.sputniknews.com: **Iran wird auf „politischen Schlag“ der USA gegen Atomdeal entschlossen reagieren – Rohani**

Sollte Washington dem Atomdeal einen „politischen Schlag“ versetzen, wird Teheran das nicht tolerieren. Dies gab der iranische Präsident Hassan Rohani angesichts der Versuche Washingtons, das Waffenembargo gegen Teheran zu verlängern, am Mittwoch bekannt. „Falls die Vereinigten Staaten dem Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) einen politischen Schlag versetzen wollen, sollten sie wissen, dass der Iran dies nicht tolerieren und darauf entschlossen reagieren wird“, äußerte Rohani bei einer Sitzung der iranischen Regierung.

Laut dem Präsidenten hat Washington dem Abkommen derzeit nur einen „wirtschaftlichen Schlag“ versetzt.

Rohani fügte hinzu, dass der Iran „zur selbigen Stunde“ zur vollständigen Umsetzung des Atomabkommens zurückkehren werde – sobald die Vertragsseiten die Bereitschaft zeigen würden, die im Rahmen des Abkommens eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen. Ende Juni hatte Rohani mitgeteilt, dass Teheran bereit sei, mit den USA im Rahmen des Atomabkommens zu verhandeln. Allerdings gebe es dafür eine Bedingung: Washington solle Schadenersatz zahlen. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32639/78/326397806_0:448:2960:2048_1000x541_80_0_0_0edc0206bb35a375c60322aab0816a7d.jpg

de.sputniknews.com: **Libyens Stämme übergeben Öleinrichtungen an Libysche Nationalarmee und Parlament**

Libysche Stämme haben nach Angaben des Vizechefs des Obersten Rates der libyschen Scheichs und Stammesältesten, al-Senussi al-Heliq, die Kontrolle über die Ölfelder und Häfen vollständig an das im Osten des Landes funktionierende Parlament und an die Libysche Nationalarmee (LNA) unter Führung von Marschall Khalifa Haftar übergeben.

„Am Montag haben wir die Ölfelder und Häfen dem Parlament (unter der Leitung des Vorsitzenden Aguila Saleh – Anm. d. Red.) und der LNA übergeben, die jetzt dafür Verantwortung tragen und die Blockade jederzeit aufheben können“, sagte al-Heliq gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Die libyschen Stämme hätten diese Einrichtungen blockiert, um die Verwendung der Öleinnahmen „zur Finanzierung des Terrorismus und bewaffneter Gruppen zu verhindern, wenn libysche Gelder für Waffenlieferungen und die Beförderung von Söldnern, die Libyer töten, verschwendet werden“, sagte er.

Die Übergabe sei unter Voraussetzung der Einhaltung der Forderungen der Stämme erfolgt. Andernfalls würden die Öleinrichtungen erneut blockiert.

Die Hauptvoraussetzungen seien „die Eröffnung eines Bankkontos für die Öleinnahmen, das von einem souveränen Fonds ohne Beteiligung der Nationalen Ölgesellschaft (NOC) und der libyschen Zentralbank verwaltet werden soll; eine gerechte Verteilung der Einnahmen auf die drei Regionen (die historischen Regionen Libyens – Anm. d. Red.); ein Wechsel in der Führung des Verwaltungsrates der NOC und der Zentralbank in Tripolis; das Kriegsende und die Bildung einer neuen Regierung“.

„Wir haben fünf Forderungen, die wir nicht aufgeben werden“, betonte al-Heliq.

Die libyschen Stämme sind neben der Nationalen Einheitsregierung in Tripolis und der Regierung in Tobruk/Benghazi, die von Marschall Haftar unterstützt wird, eine der drei wichtigsten politischen Kräfte des Landes. Die wichtigsten Ölfelder des Landes wechseln den Besitzer zwischen den Streitkräften von Tripolis und von Haftar.

Am Montag hatte al-Heliq gegenüber RIA Novosti mitgeteilt, dass die LNA und die libyschen Stämme Ölfelder und Häfen in den östlichen und südwestlichen Regionen des Landes kontrollieren.

Am vergangenen Freitag hatte Ibrahim al-Faidi, Sprecher der Garde zum Schutz von Öleinrichtungen, bekannt gegeben, dass die LNA-Kräfte, unterstützt von der Luftwaffe, begonnen haben, ölreiche Gebiete entlang der libyschen Küste im Osten des Landes zu patrouillieren, die sich von der Stadt Tobruk bis al-Sidra erstrecken.

Der Zweck der Patrouillen bestehe darin, Öleinrichtungen vor Angriffen zu schützen, die von bewaffneten Gruppen verübt werden könnten, hieß es. Die Patrouillen würden sich nicht in den Betrieb der Häfen oder der Ölunternehmen einmischen, betonte Al-Faidi.

Lage in Libyen

Nach dem Sturz und der Ermordung des libyschen Staatschefs Muammar Gaddafi im Jahr 2011 hat Libyen praktisch aufgehört, als ein einheitlicher Staat zu existieren. Es gibt heute eine Doppelherrschaft im Land: Im Osten tagt das vom Volk gewählte Parlament und im Westen – in der Hauptstadt Tripolis – regiert die mit Unterstützung der Uno und der EU gebildete Nationale Einheitsregierung mit Fajis al-Sarradsch an der Spitze. Die Nationale Einheitsregierung wird von der Türkei unterstützt. Die Behörden des Ostteils des Landes agieren unabhängig von Tripolis und kooperieren mit der Libyschen Nationalarmee, die von Ägypten politisch unterstützt wird.

Seit über einem Jahr versucht die LNA, die libysche Hauptstadt zurückzuerobern. Beide Seiten des Konflikts werfen einander vor, Waffen und Personal von außen zu bekommen. In den letzten Wochen haben die Streitkräfte der Nationalen Einheitsregierung einen wesentlichen Erfolg in der Schlacht von Tripolis gemeldet und ihre Absicht erklärt, auf dem Erfolg aufzubauen und die Stadt Sirte sowie andere Gebiete östlich der Hauptstadt unter ihre

Kontrolle zu bringen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32744/33/327443395_0:333:3072:1995_1000x0_80_0_1_4dd8b0053ae19e9cbc7be65cecc8e660.jpg

de.sputniknews.com: **Russland, Iran und Türkei halten illegale Aneignung von Öl in Syrien für unannehmbar**

Eine illegale Aneignung von Öl in Syrien und die Übergabe der Öleinnahmen sind laut den Präsidenten Russlands, des Iran und der Türkei unannehmbar.

„Wir haben die Situation im Nordosten Syriens besprochen und darauf verwiesen, dass das Erreichen von Stabilität und Sicherheit in diesem Gebiet nur auf der Basis der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des Landes möglich ist. Wir haben vereinbart, unsere Anstrengungen zu diesem Zweck zu koordinieren, und darauf verwiesen, dass die illegale Aneignung und Übergabe der Öleinnahmen, die der Arabischen Republik Syrien gehören müssen, unannehmbar sind“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Russlands, des Iran und der Türkei – Wladimir Putin, Hassan Rohani und Recep Tayyip Erdogan.

Das Dokument wurde auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.

Am Mittwoch fand ein Gipfel der Präsidenten Russlands, des Iran und der Türkei im Video-Format statt. Der Gipfel hätte in Teheran stattfinden sollen, wurde aber wegen der Coronavirus-Pandemie verschoben.

Der erste Gipfel der Präsidenten Russlands, des Iran und der Türkei zu Syrien hatte im November 2017 stattgefunden. Verhandlungen zur Syrien-Regelung unter Teilnahme der Präsidenten der drei Länder wurden auch in Ankara (April 2018), Teheran (September 2018), Sotschi (Februar 2019) und Ankara (September 2019) durchgeführt.

abends:

de.sputniknews.com: Merkel: Deutschland plädiert für Fertigstellung von Nord-Stream-2-Pipeline

Trotz der drohenden US-Sanktionen wird Deutschland laut Bundeskanzlerin Angela Merkel die Fertigstellung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 unterstützen.

Wie Merkel am Mittwoch im Bundestag sagte, sind die im US-Kongress diskutierten Sanktionen extrritorial und entsprechen nicht dem deutschen Rechtsverständnis. Die Sanktionen könnten die Fertigstellung verzögern.

„Wir glauben trotzdem, dass es richtig ist, dieses Projekt fertig zu stellen und in diesem Sinne agieren wir“, zitiert die Agentur Reuters Merkel.

Nach den US-Sanktionen gegen die Ostseepipeline Nord Stream 2 bereitet nun auch die EU-

Kommission laut dem Außenbeauftragten Josep Borrell Gegenmaßnahmen vor. Wie aus einer schriftlichen Antwort Borrells auf eine Anfrage aus dem Europaparlament vom Donnerstag hervorgeht, sind US-Sanktionen gegen nach EU-Recht erlaubte Handlungen inakzeptabel und verstoßen gegen internationales Recht. ...